

BUCHBESPRECHUNGEN

KOLLEKTIVE SICHERHEIT, RÜSTUNG, WIRTSCHAFT UND POLITIK

Zur Rolle Ostmitteleuropas im Europasystem der Pariser Vororteverträge *

Seit einigen Jahren setzt sich in der historischen Forschung zunehmend die Einsicht durch, daß Nationalgeschichte, die Geschichte eines aufgrund historischer und geographischer Bedingungen zusammengehörigen Raumes, aber auch europäische Geschichte, heute nur unter dem Blickwinkel eines europäisch-globalpolitischen Zusammenhanges und Vergleiches geschrieben werden kann¹. Somit gewinnt die historische Beschäftigung mit Problemen und Phänomenen der internationalen Beziehungen zunehmend an Bedeutung, bietet sich doch auf diesem Feld der Forschung die Möglichkeit, Faktoren der Außen- und Innenpolitik, der Außen- und Binnenwirtschaft, der Entwicklung des politisch-sozialen Systems, der Bedingungen des internationalen Mächtesystems — nicht nur der bilateralen Beziehungen zwischen Staaten — in ihren vielfältigen Verflechtungen ebenso bei der Analyse des politischen Entscheidungsprozesses zu berücksichtigen wie die Rolle von Einzelpersonlichkeiten. Vielleicht eröffnet diese Perspektive, gewonnen aus dem Erleben unse-

* Folgende Studien werden einer besonderen Würdigung unterzogen: Meyers, Reinhard: Die Lehre von den Internationalen Beziehungen. Ein entwicklungsgeschichtlicher Überblick. Düsseldorf 1977, 232 S. (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 15). — Hovi, Kalervo: Cordon Sanitaire or Barrière de L'Est? The Emergence of the New French Eastern European Alliance Policy 1917—1919. Turku 1975, 244 S. (Annales Universitatis Turkuensis. SER. B OSA — Tom. 135). — Polonsky, Antony: The Little Dictators. The History of Eastern Europe since 1918. London-Boston 1975, 212 S. — Teichová, Alice: An Economic background to Munich. International Business and Czechoslovakia 1918—1938. Cambridge/England 1974, 422 S. — Forstmeier, Friedrich / Volkmann, Hans Erich (Hrsg.): Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Düsseldorf 1975, 415 S. — Meyers, Reinhard: Britische Sicherheitspolitik 1934—1938. Düsseldorf 1976, 539 S. (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 11). — Forndran, Erhard / Golczewski, Frank / Riesenberger, Dieter (Hrsg.): Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung. Determinanten internationaler Beziehungen in historischen Fallstudien. Opladen 1977, 363 S. — Funke, Manfred (Hrsg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches. Düsseldorf 1977 (1976), 1978 (ADTB) (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 12).

¹ Vgl. hierzu die Überlegungen von Thomas Nipperdey in seinem Aufsatz „Wehlers ‚Kaiserreich‘. Eine kritische Auseinandersetzung (Nipperdey, Thomas: Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte. Göttingen 1976, S. 360—389).

rer eigenen Gegenwart, einen Weg zur Überwindung der derzeit vor allem in der Bundesrepublik geführten Primatdiskussion².

Aber auch die sich mit der internationalen Politik beschäftigende Teildisziplin der Politikwissenschaft bedient sich bei ihren Analysen zunehmend historischer Dimensionen, verwertet originäres Quellenmaterial und befruchtet gleichzeitig mit ihrem methodischen und theoretischen Instrumentarium, ähnlich wie die anderen Sozialwissenschaften, die Geschichtswissenschaft.

In diesem Zusammenhang muß auf die Studie des jungen Bonner Politologen und Historikers Reinhard Meyers über „Die Lehre von den Internationalen Beziehungen“ hingewiesen werden, die einen entwicklungsgeschichtlichen Überblick über die Disziplin präsentiert. Ganz entschieden wendet er sich in seinem Kapitel über die Internationalen Beziehungen als Integrationswissenschaft und die Probleme ihrer Abgrenzung dagegen, wie es Czempiel getan hat³, „die Eigenständigkeit einer Wissenschaft in eher statischer Weise allein durch Verweis auf ihr kontrolliertes methodisch-systematisches Vorgehen zu begründen“⁴. Er scheut sich nicht darauf hinzuweisen, daß „Internationale Beziehungen“ als Wissenschaft durchaus für andere Wissenschaften den Charakter von „Hilfswissenschaften“ annehmen können, beispielsweise für die Geschichte, wie dies auch umgekehrt bei der Geschichte und Soziologie der Fall sein kann. Mit Recht betont Meyers, daß eine Wissenschaft sich nicht in ein festgefügtes methodisch-systematisches Korsett einzwängen lassen darf, will sie sich nicht der Gefahr aussetzen, steril zu werden. Trotz aller notwendigen Methodendiskussion sollte man über Theorie, Empirie und mathematisch-quantifizierenden Ansätzen nicht den Gegenstand aus den Augen verlieren, der nicht ohne den sich ständig verändernden historischen Rahmen betrachtet werden kann. Meyers hebt daher in seiner Entwicklungsgeschichte der Lehre von den Internationalen Beziehungen, seit ihrer festen Etablierung nach dem Ersten Weltkrieg bis in die siebziger Jahre, besonders die „historischen Umweltbedingungen“ ab, die zu Schwerpunktverlagerungen im Selbstverständnis der Wissenschaft führten. Für den hier zu betrachtenden Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen läßt sich besonders gut zeigen, wie die sich wandelnde historische Umwelt — die politi-

² Vgl. hierzu die bei Gruner, Wolf D.: ‚British Interest‘ in der Zwischenkriegszeit. Aspekte britischer Europapolitik 1918—1938 (In: Gleichgewicht — Revision — Restauration. Die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Vororteverträge. Hrsg. von Karl Bosl. München-Wien 1976, S. 85—151) S. 86 Anm. 4 (Hildebrand, Hillgruber, Löwenthal, Nipperdey, Gustav Schmidt, Wehler, Winkler) angeführte Literatur sowie Wendt (s. u. Anm. 68). — Hildebrand, Klaus: Geschichte oder ‚Gesellschaftsgeschichte‘? Die Notwendigkeit einer politischen Geschichtsschreibung von den internationalen Beziehungen. HZ 223 (1976) 328—357. — Wehler, Hans Ulrich: Die Sozialgeschichte zwischen Wirtschaftsgeschichte und Politikgeschichte. Bonn 1975, S. 13—25, bes. 16 f. (Sozialgeschichte und Strukturgeschichte in der Schule. Hrsg. von der Bundeszentrale für Politische Bildung). — Ders.: Kritik und kritische Antikritik. HZ 225 (1977) 347—384. — Kocka, Jürgen: Sozialgeschichte. Göttingen 1977, bes. S. 48 ff.

³ Vgl. Czempiel, Ernst Otto: Die Entwicklung der Lehre von den internationalen Beziehungen. Politische Vierteljahrsschrift 6 (1965) 270—290, bes. 271 sowie Ders. (Hrsg.): Die Lehre von den internationalen Beziehungen. Darmstadt 1969, S. VII ff.

⁴ Meyers: Internationale Beziehungen 29.

schen, wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen — Rückwirkungen auf Erkenntnisinteresse, Fragestellung und Gegenstandssicht der „International Relations“ hatte: Das Versagen des Völkerbundes und der kollektiven Sicherheit sowie der zunehmend revisionistisch-expansionistische Kurs Deutschlands, Italiens und Japans demonstrierten der jungen Wissenschaft, daß es ihr nicht gelungen war, ein Instrumentarium zu entwickeln, das geeignet gewesen wäre, den am politischen Entscheidungsprozeß Beteiligten Mittel an die Hand zu geben, um die Friedenssehnsucht der Völker in die praktische Politik umzusetzen. An die Stelle der idealistischen Sicht der internationalen Beziehungen, die ihr Vertrauen auf die menschliche Ratio setzte⁵, trat in den dreißiger Jahren eine realistische Sicht der internationalen Beziehungen⁶. Die idealistische Richtung sah in der Friedenssicherung mehr ein organisatorisches Problem, d. h. der Weltfriede sollte durch die Verbreitung und Entwicklung internationaler Organisationen und Institutionen zur Konfliktregelung gewahrt werden. Die Realisten faßten das Problem der Friedenserhaltung politisch auf. Sie orientierten sich eher an den machtpolitischen Problemen der Gegenwart und suchten durch die Beschäftigung mit den Bedingungen und Formen des internationalen Verhaltens von nationalen Akteuren ein Instrumentarium zur Kriegsverhütung zu entwickeln. An die Stelle des Optimismus der Aufbruchjahre war Pessimismus getreten. Diese Entwicklung verdeutlicht eine Feststellung von Lord Eustace Percy im Vorwort zum vom Royal Institute of International Affairs herausgegebenen Band über die Geschichte der internationalen Beziehungen 1920—1934. Das Institut war 1920, unter dem Eindruck des Schocks, den der erste totale Krieg in Europa und Amerika verursacht hatte, gegründet worden und sollte zur Erforschung der Bedingungen des Friedens in einer komplexen Welt beitragen, empfand man doch bereits nach dem Ersten Weltkrieg die durch Clausewitz formulierte Doktrin, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, als nicht länger gültig⁷. Dies erhellen bereits die ersten Worte Percys:

„The last fifteen years have presented in politics some of the features of the period of rapid advance in scientific discovery, when experiment tends to outstrip the hypotheses from which it started. At the end of the war we felt that we were discovering a new world and we have, in fact, made many novel and exciting political experiments. We have been stimulated in this course by certain assumptions as to the character of our new world, and by the belief that these assumptions would prove true if we only brought courage and goodwill to the task of political construction. In the last two or three years, however, we have begun increasingly to doubt whether these sanguine hypotheses entirely fit the facts. The new order of political society seems to be very different from what we had been led to expect. The time may well have arrived when, if we are to see

⁵ Vgl. hierzu e b e n d a 44 ff.

⁶ Vgl. hierzu e b e n d a 55 ff.

⁷ Vgl. hierzu die Studie von M a r w i c k, Arthur: *War and Social Change in the Twentieth Century. A Comparative study of Britain, France, Germany, Russia and the United States.* London 1974.

clearly, we should look again at the facts of the modern world from a slightly different angle...⁸“

Die Wissenschaftsgeschichte der Lehre von den Internationalen Beziehungen zeigt, daß beide hier kurz skizzierten Richtungen in der Zwischenkriegszeit dem komplexen Gegenstand der internationalen Beziehungen nicht gerecht werden konnten. Schon 1939 forderte daher der Historiker Edward Hallet Carr, daß sich der Forscher beider Richtungen bedienen müßte⁹. Ohne auf weitere Themen der Arbeit Meyers' eingehen zu wollen, die sich mit den Diskussionen und Kontroversen der Lehre von den Internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg¹⁰ sowie mit der Friedensforschung¹¹ vor dem Hintergrund eines sich verändernden historischen Bezugsrahmens kritisch auseinandersetzt¹², dürften die Ausführungen gezeigt haben, daß die vorgelegte Studie für den Politologen und den Historiker nützlich und anregend ist und gerade die Anfänge der Disziplin von den Internationalen Beziehungen nach 1919 und die Ursachen für ihre Etablierung ein Licht auf die psychische Situation der Zwischenkriegszeit werfen. Ein Faktum, das der Historiker in seine Analyse miteinbeziehen muß.

Voller Optimismus hatten 1919 die Amerikaner und Briten die Gründung von Instituten zur Erforschung der „International Affairs“ in ihren Ländern vereinbart, um auf wissenschaftlicher Grundlage das Verständnis für internationale, komplexe Zusammenhänge zu fördern und dem Wunsch nach der „Entwicklung politischer Handlungsanleitungen“ (Meyers) gerecht zu werden. Damit sollte die Erhaltung des Weltfriedens, wie man ihn sich aufgrund der Schaffung des Völkerbundes und des Systems der kollektiven Sicherheit erhoffte, zusätzlich gesichert werden.

Der Völkerbundsgedanke, der an die Stelle des überkommenen Staatensystems eine neue internationale Verfassung treten lassen sollte, wurde während des Krieges von den Hauptgegnern der Mittelmächte weitgehend befürwortet. Dies galt besonders für die Angelsachsen¹³, wenn es auch, auf britischer Seite vor allem, Bedenken gegen ein System der kollektiven Sicherheit gab, die schon während des Krieges geäußert wurden (Hankey, Crowe)¹⁴. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß das letztlich Entscheidende doch das Mächtegleichgewicht sein müßte¹⁵.

⁸ G a t h o r n e - H a r d y, G. M.: A short History of the International Affairs 1920—1934. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London 1934, S. VI f.

⁹ Vgl. M e y e r s : Internationale Beziehungen 59 f.

¹⁰ E b e n d a 76 ff.

¹¹ E b e n d a 122 ff.

¹² Zu bemängeln ist, aus der Sicht des Benutzers, die Zitierweise. Gerade eine Einführung in den Problembereich einer Wissenschaft sollte hierauf Rücksicht nehmen. Sehr gut dagegen ist die kommentierte Bibliographie.

¹³ Zur Entwicklung einer internationalen Theorie vgl. H o l b r a a d, Carsten: The Concert of Europe. A Study in German and British International Theory 1815—1914. London 1970. — H i n s l e y, F. H.: Power and the Pursuit of Peace. Theory and Practice in the History of Relations between States. Cambridge 1967, S. 114 ff. — Vgl. auch P f e i l, Alfred: Der Völkerbund. Darmstadt 1976, S. 32 ff.

¹⁴ Vgl. Public Record Office London (in der Folge abgekürzt als PRO) CAB 27/626 fol. 12 ff.: Summary of some of the Criticisms of Proposals for a League of Nations System of Collective Security prior to the Peace Conference, 1919.

Als Aufgabe des künftigen Völkerbundes sah man es daher an, Konflikte zwischen Staaten auf friedlichem Wege zu lösen und nicht die zu schaffende Organisation zum Instrument für Sanktionen und Strafaktionen zu machen. Während bei den Angelsachsen vor allem das Moment der Versöhnung in den Vordergrund gestellt wurde, betonte Frankreich mehr den Gesichtspunkt der Strafaktionen. Im Vordergrund der europaorientierten französischen Überlegungen standen die Sanktionen. Das französische Konzept sah eine internationale Streitmacht und einen internationalen Generalstab vor, im Grunde genommen einen Superstaat¹⁶. Die Satzung des Völkerbundes, wie sie dann schließlich zustandekam, wurde zu einem Kompromiß zwischen beiden Positionen.

Einen guten Einblick in die Hintergründe der französischen Politik, in den letzten Kriegsjahren und auf den Pariser Vorortekonferenzen, bietet die sorgfältig aus den Akten gearbeitete Studie des Finnischen Historikers Kalervo Hovi, die sich unter der Fragestellung „Cordon Sanitaire“ oder „Barrière de L'Est“ mit der Entstehung und Entwicklung der neuen französischen osteuropäischen Allianzpolitik zwischen 1917 und 1919 befaßt. Leider wird aber der Zusammenhang zwischen der neuen französischen Politik gegenüber den Nationalitäten in Osteuropa und den französischen Völkerbundsüberlegungen nicht hergestellt. Gerade diese Fragestellung hätte zu weiteren interessanten Ergebnissen für die Forschung führen können, zumal Hovi mit Recht betont, daß die Rolle Frankreichs in der gemeinsamen Allianzpolitik der Verbündeten bisher zu sehr aus dem Blickwinkel der Briten und Amerikaner beurteilt wurde. Ursache für diese Betrachtungsweise war aber vor allem die Tatsache, daß in französischen Archiven die Akten für diese Periode noch nicht freigegeben waren. Damit wurde der anglo-amerikanische Standpunkt überbetont und die andersartige Stellung Frankreichs als führender europäischer Kontinentalmacht, mit unterschiedlichen Kriegszielen, durch die Politik der westlichen Verbündeten verdeckt und überlagert¹⁷.

Hovi hat für seine Analyse bisher unveröffentlichtes Material aus dem Archiv des französischen Außenministeriums, des Finanz-, Handels-, Innen- und Arbeitsministeriums sowie des Kriegsministeriums heranziehen können, ergänzt durch Privatnachsätze. Ausgewertet wurden auch entsprechende belgische, britische, italienische, deutsche, österreichische, schweizerische, dänische, schwedische und finnische Akten, neben umfangreichem gedrucktem Material und der relevanten Forschungsliteratur.

Zunächst skizziert der Verfasser die Stellung und Rolle Frankreichs im internationalen System vor 1914 und hebt hervor, daß das Unterlegenheitsgefühl gegenüber dem Deutschen Reich dazu führte, daß es eines der Hauptziele französi-

¹⁵ „The balance of Power reappears as the fundamental problem. To prevent the possibility of any one State or group of State(s) pursuing, through war and bloodshed, a policy of aggression and domination, nothing will serve but adequate force“ PRO CAB 27/626 fol. 18 (Hankey), fol. 26 ff. (Crowe). — Vgl. auch hierzu Gruner: ‚British Interest‘ 109 ff. — Watt, Donald Cameron: *The Breakdown of the European Security System 1930—1939*. San Francisco 1975 (XIV International Congress of Historical Sciences).

¹⁶ Vgl. PRO CAB 27/626 fol. 17 ff.

¹⁷ Hovi 12.

scher Politik war, die französisch-russische Allianz auf militärischem, diplomatischem und wirtschaftlichem Gebiet durch eine Umwandlung der „Entente Cordiale“ zu einem festen Bündnis zu ergänzen. Damit war die französische Außen- und Sicherheitspolitik in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg „decisively built on alliances against a potential German threat“¹⁸. Der Kriegsausbruch 1914 brachte zwar die lange angestrebte Allianz mit Großbritannien, Rußland blieb jedoch in den langfristigen Planungen der französischen Politik nach wie vor der Grundpfeiler der französischen Allianzpolitik. 1916/17 lassen sich die ersten Ansätze einer neuen französischen Osteuropapolitik feststellen, als Reaktion auf die Politik der Mittelmächte. Das Septemberprogramm Deutschlands von 1914¹⁹, in dem deutsche Kriegsziele formuliert worden waren und das den Franzosen in seinen Grundzügen durch die Reichstagsrede Bethmann-Hollwegs bekannt wurde, zielte auf die Schaffung eines politisch und wirtschaftlich von Deutschland beherrschten Mitteleuropas und bedeutete für Frankreich eine langfristige Bedrohung. Als die Mittelmächte im November 1916 einen eigenen polnischen Staat schufen, empfanden die Franzosen diesen Akt nicht nur als eine Verstärkung der deutschen Mitteleuropaposition, sondern auch als einen Rückschlag für die militärischen Bemühungen der Alliierten und für die französischen Sicherheitsinteressen. Frankreich wurde in der polnischen Frage aktiv. Im Langzeitkonzept französischer Außen- und Sicherheitspolitik erhielt Polen — sei es in der Form eines unabhängigen Staates, oder einer gesicherten Autonomie innerhalb des russischen Reiches — einen hohen Stellenwert. Interesse findet in diesem Zusammenhang eine Instruktion Briands an Cambon vom 12. Januar 1917, die bisher nur teilweise bekannt war:

„Il me paraîtra nécessaire d'agrandir les provinces polonaises de la Russie, au détriment de l'Allemagne. Berlin serait ainsi tout à fait à découvert au point de vue militaire, et par le fait seul de cette annexion, la question polonaise cesserait d'être une question relevant de la politique intérieure russe²⁰, et les Puissances alliées auraient qualité pour se faire entendre²¹.“

Die Wiedervereinigung Polens und die Garantie des polnischen Staates wurden zu einem zentralen Thema der französischen Osteuropapolitik und dienten vor und nach den russischen Revolutionen des Jahres 1917 dem Aufbau einer „Barrière de L'Est“ als politischem Langziel. Polen hatte in dieser Strategie eine zen-

¹⁸ E b e n d a 29.

¹⁹ Vgl. hierzu die unterschiedliche Bewertung der Mitteleuropa-pläne und des sog. Septemberprogramms vom 9.9.1914 in der Forschung: F i s c h e r, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Düsseldorf 1977 (ADTG 7203). — H ö l z l e, Erwin: Die Selbstentmachtung Europas. Göttingen 1975. — E r d m a n n, Karl Dietrich (Hrsg.): Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Göttingen 1972. — W e h l e r, Hans Ulrich: Das kaiserliche Deutschland. Göttingen 1975. — G a t z k e, Hans W.: Germany's Drive to the West. Baltimore 1966 (1950).

²⁰ Rußland hatte alle Versuche, die polnische Frage zu ‚internationalisieren‘, mit dem Argument abgewehrt, daß Polen ein innenpolitisches Problem des Zarenreiches sei. Man konnte Rußland dadurch nicht zu Zugeständnissen an die Polen zwingen. Vgl. H o v i 34 ff.

²¹ Briand-Cambon. Paris 12.1.1917 (Archives des Affaires Étrangères Paris. Pichon 4, zit. nach H o v i 39).

trale Funktion zu erfüllen, während den möglichen Nachfolgestaaten der Habsburger Monarchie, wie beispielsweise der Tschechoslowakei, in diesem Zusammenhang vorwiegend eine Stützungsfunktion zugewiesen werden sollte. Sie wurden zunächst nicht in die Langzeitsicherheitsziele gegen Deutschland einbezogen²². Erst seit dem Frühjahr 1918 gewannen die Nationalitäten des Donauraumes wachsende Bedeutung im Rahmen der neuen französischen Allianzpolitik in Osteuropa²³. Dabei spielten auch zunehmend wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle. Nach dem Waffenstillstand läßt sich in der französischen Allianzpolitik gegenüber Osteuropa keine Änderung gegenüber den im Kriege verfolgten Zielen erkennen. Im Mittelpunkt stand nach wie vor das Bestreben, das durch die Erfahrung des Krieges und seiner Zerstörungen noch verstärkt wurde, Frankreichs wirtschaftliche, bevölkerungsmäßige und langfristig auch militärische Unterlegenheit gegenüber Deutschland zu seinen Gunsten zu verändern. Zur Realisierung dieser Ziele verfolgte die französische Politik zwei Wege:

1. Schaffung von *langfristigen strategischen Garantien* für die Sicherheit Frankreichs. Hierzu gehörten langfristig die militärische Rheingrenze, die territoriale Verkleinerung Deutschlands zugunsten seiner osteuropäischen Verbündeten sowie die Unterstützung von separatistischen Strömungen in Deutschland. Die deutsche Abrüstung, die Beschränkungen für die deutschen Streitkräfte und die Reparationszahlungen dagegen wurden als *kurzfristige strategische Sicherheitsgarantien* angesehen.
2. Stärkung der außenpolitischen Stellung Frankreichs durch vertrauensvolle Zusammenarbeit mit seinen Verbündeten.

Hierbei waren zwei Gruppen von Verbündeten zu unterscheiden, einmal die westlichen Verbündeten Großbritannien und die Vereinigten Staaten, zum anderen die Gruppe der osteuropäischen Verbündeten Frankreichs, die zunächst nur die Funktion als zusätzliche Absicherung erfüllen sollten. Nach den tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und den Westmächten über Sicherheitsfragen im März/April 1919 und ihrer weitgehenden Beilegung setzte die französische Außenpolitik zunächst in erster Linie auf die anglo-amerikanischen Garantien für Frankreich und die strategischen Vorteile, die der Friedensvertrag von Versailles Frankreich bot, ebenso auf den Völkerbund.

²² Vgl. H o v i 39 ff. Über die französischen Kriegsziele im Donauraum stellt H. resümierend fest: „Although the Czech and Slovak representatives had occasionally indicated the importance of their future state as a barrier against Germany, the French solutions for the Danube region derived rather from short-term aims of the current war. No longterm plans comparable to those for Poland seem to have been attached to them at this time . . .“ (S. 44). Die Entscheidung der Alliierten für die Auflösung der Donaumonarchie fiel dann auch erst im Frühjahr 1918. Vgl. u. a. PRO CAB 24/50 Secret GT 4414 War Cabinet the Czecho-Slovak Movement, e b e n d a. CAB 24/52 Secret GT 4647 War Cabinet. Czechoslovak National Council. Vgl. auch N e l s o n , Harold I.: Land and Power. Newton Abbot 1971, S. 43 f. sowie G r u n e r : ‚British Interest‘ 104 ff. und die dort angeführte Literatur.

²³ Vgl. hierzu die Überlegungen der französischen Regierung, die Hovi für seine Darstellung heranziehen konnte (H o v i 94 ff. und 129 ff.).

Die Verweigerung der Ratifikation des anglo-amerikanischen Garantievertrages durch den amerikanischen Kongreß, zusammen mit dem Gesamtpaket der Vororteverträge, verstärkte das französische Engagement bei seinen osteuropäischen Verbündeten in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Es gehört zu den Vorzügen der Studie von Hovi, erstmals, untermauert durch französisches Aktenmaterial, Klarheit über die Begriffsinhalte einer Politik des „Cordon Sanitaire“²⁴ und der „Barrière de L'Est“²⁵ sowie ihrer Funktion für die französische Außenpolitik gegenüber Osteuropa gegeben zu haben. Hierdurch kann künftighin die unpräzise Verwendung beider Begriffe, die vielfach in der Literatur festzustellen ist, vermieden werden.

Die Politik der Schaffung einer „Barrière de L'Est“ steht nach Auffassung Hovis, der aufgrund der überzeugenden Argumentation beizupflichten ist, für die langfristige Konzeption der französischen Sicherheitspolitik gegenüber Deutschland. Diese Politik orientierte sich nach dem Kriege, ohne Rücksichtnahme auf neue Entwicklungen in den internationalen Beziehungen, an den traditionellen Maximen französischer Politik. Entscheidungsgrundlage war das Konzept des Mächtegleichgewichtes, obwohl es zu den Merkmalen für die Entscheidungsfindung gehörte, wie Hovi hervorhebt, „that they were based on the study of new events, drawn up as memoranda by the staffs of the Foreign Ministry or the General staff. The memoranda originating from the latter stressed more consistently the geo-strategic features in the new alliance policy, and it would seem that Clemenceau was more inclined to observe these aspects in his decisions. On the other hand the Foreign Ministry planning put an emphasis on the traditional geo-strategic features as well“²⁶.

Die neue französische Allianzpolitik mit Osteuropa strebte, trotz der Oktoberrevolution, insgesamt gesehen eine „Barrière de L'Est“ als politisches Langzeitziel an. Dabei setzte Frankreich vor allem auf Polen. Die Tschechoslowakei und Rumänien hatten die Aufgabe zur Ergänzung der Barriere im Zentrum. Der Barriere-

²⁴ „The duty of the police cordon sanitaire, or guard, round an epidemic area, was to prevent the disease from spreading. It was used after the Great Revolution in France, and especially after the October Revolution in Russia, to describe the isolation of ideologies, and of countries which supported them.“ (Hovi 12). Zum Begriff vgl. auch Priest, Lyman William: *The Cordon Sanitaire 1918—1922*. Stanford 1954, S. 7 f. und Nichols, Jr. Irby C.: *The European Pentarchy and the Congress of Verona, 1822*. Den Haag 1971, S. 29 f., 33: 1821 finden wir in der Errichtung eines Cordon sanitaire gegen Spanien noch beide Elemente: medizinische (ursprüngliche) Bedeutung und bereits auch die politische: „Richelieu, in August 1821, established a *cordon sanitaire* on the frontier for the alleged purpose of preventing a yellow fever epidemic, then raging at Barcelona, from spreading into France. In reality, however, the *cordon* was a *corps d'observation* to bar revolutionary contagion from infiltrating across the border . . .“ (Nichols 29 f.).

²⁵ „*barriere de l'est* . . . refers to France's traditional Eastern barrier, which had been taking shape since the 16th century. Its purpose was to encircle and balance the Central European Powers from the east, and it was mainly strategic in nature . . .“ (Hovi 12). Zur Problematik vgl. auch Hahlweg, Werner: *Barriere — Gleichgewicht — Sicherheit. Eine Studie über die Gleichgewichtspolitik und die Strukturwandlungen des Staatensystems in Europa 1646—1715*. HZ 187 (1959) 54—89.

²⁶ Hovi 216.

Gürtel Polen-Tschechoslowakei-Rumänien war durch Jugoslawien, die baltischen Staaten und Finnland zu ergänzen. Langfristig rechnete man auch damit, ein wiedererstarktes Rußland in die „Barrière de L'Est“ gegen Deutschland einbinden zu können. Zur Stabilisierung der neugeschaffenen Staaten des Barriere-Gürtels bedurfte es der aktiven politischen, wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung dieser Staaten durch Frankreich. Gerade auf diesem Sektor ergaben sich jedoch in der Zwischenkriegszeit zahlreiche Konflikte und Probleme.

Der „cordon sanitaire“ ist in seiner Bedeutung für die französische Politik als Kurzzeitkonzept einzustufen. Dieses entwickelte sich aus dem Wunsch, eine Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Deutschland zu verhindern, würde doch eine Kooperation dieser beiden Staaten das französische Allianzsystem gegen Deutschland in Osteuropa gefährden und auch das Prestige und den wirtschaftlichen Einfluß Frankreichs in diesem Raum vermindern.

Die neue französische Allianzpolitik in Osteuropa muß daher als Barriere-Politik gegen Deutschland eingestuft werden, die nach dem Waffenstillstand zeitweilig den Aspekt des „cordon sanitaire“ in den Vordergrund rückte. Das Langzeitkonzept französischer Politik wurde hierdurch jedoch nicht aus den Augen verloren: Stärkung der Position Frankreichs im Vergleich zu Deutschland auf Dauer.

Mit der Geschichte der neuentstandenen Staaten der französischen „Barrière de L'Est“ seit 1918 beschäftigt sich der an der London School of Economics and Political Science lehrende Historiker Antony Polonsky in seinem Buch „The Little Dictators“. In seinem historischen Überblick über die Geschichte Polens, Österreichs, Ungarns, Rumäniens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei interessiert er sich vor allem für die Frage, warum die nach 1918 in diesen Staaten eingerichteten demokratischen Institutionen sehr bald, mit Ausnahme der Tschechoslowakei, von autokratischen Regimen abgelöst wurden. Damit wurde die Erwartung der Sieger, daß ein demokratisches Herrschaftssystem nach westeuropäischem Modell, ohne Berücksichtigung der historisch gewachsenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, in Osteuropa etabliert werden könnte, enttäuscht. Polonsky sieht in den Erfahrungen mit dem Experiment Demokratie in den Staaten Osteuropas während der Zwischenkriegszeit Parallelen zu den Entwicklungen in den Staaten der „Dritten Welt“ nach dem Zweiten Weltkrieg. Als vergleichbare Faktoren hebt er hierbei hervor:

1. Den neuen Staaten fehlte es an politischer Erfahrung.
2. Die meisten dieser Staaten waren und sind überwiegend agrarisch strukturiert.
3. Die Nationalitätenfrage spielt in der Politik dieser Staaten eine entscheidende Rolle.

Im Vergleich zu den heute sichtbaren parallelen Erscheinungen in Staaten Lateinamerikas, Asiens und Afrikas hatten die Staaten Osteuropas in der Zwischenkriegszeit jedoch etwas Einzigartiges, so meint Polonsky, nämlich das vitale Interesse, das die europäischen Großmächte Frankreich, Deutschland, Italien und die Sowjetunion sowie immer wieder auch Großbritannien aus geographischen, geopolitischen, strategischen und wirtschaftlichen Überlegungen diesem Raum entgegenbrachten.

In einem einleitenden Kapitel untersucht der Verfasser das Gemeinsame und das Trennende in der historischen Entwicklung dieses Raumes bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, der den Zusammenbruch der diesen Raum beherrschenden Monarchien Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn brachte²⁷. Großen Wert legt er dabei, wie auch in den den einzelnen Staaten gewidmeten Kapiteln, auf die ethnische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung, in der er die Hauptursache für das Scheitern einer demokratischen Staatsform sieht. Nach den Friedensverträgen schuf man in den Staaten des Barriere-Gürtels demokratische Systeme^{27a}, für die in der Regel die Verfassung der französischen Dritten Republik Pate gestanden hatte. Ihre Kennzeichen waren eine starke Legislative, eine schwache Exekutive und die Tendenz zur Zentralisierung. Aus heutiger Sicht müssen wir feststellen, daß die liberaldemokratischen Institutionen nach dem Muster der gewachsenen westeuropäischen und nordamerikanischen Demokratien nur schwerlich erfolgreich in Ländern funktionieren konnten, die tiefgreifende Sozial- und Nationalitätenprobleme vom Anbeginn der Staatsgründung hatten, in denen es der neuen Führungselite an Regierungspraxis fehlte und in denen die Mehrzahl der Bevölkerung ungebildet war und nicht lesen und schreiben konnte. Das französische Modell wirkte sich vor allem aus zwei Gründen als nachteilig aus:

1. Zur Lösung der vielfältigen Probleme dieser neuen Staaten hätte es einer starken, wirkungsvollen Exekutive bedurft.
2. Die übertriebene Zentralisierung erschwerte es, den Bedürfnissen und Wünschen der Minderheiten gerecht zu werden und ihnen vor allem in geschlossenen Siedlungsgebieten eine gewisse Autonomie zu gewähren.

Damit standen die Bestrebungen der Westmächte, vor allem Frankreichs, die politische Westbindung der neuen Staaten auch ideologisch durch die Einführung eines politisch-sozialen Herrschaftssystems auf demokratischer Grundlage an sich zu binden, von Anbeginn an auf schwachen Füßen.

Eine der Ursachen für die Brüchigkeit demokratischer Institutionen in Osteuropa sieht Polonsky auch in der Furcht vor dem Bolschewismus, die als zentraler politischer Faktor in Rechnung gestellt werden muß. Gerade die von den Gegnern der liberalen demokratischen Institutionen immer wieder mit grellen Farben gezeichnete bolschewistische Gefahr ermöglichte den in den osteuropäischen Staaten etablierten Regimen eine ideologische Annäherung an den Nationalsozialismus und den italienischen Faschismus. In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant festzustellen, daß eine enge Verbindung zwischen dem Abbau demokratischer Ein-

²⁷ Vgl. zu den Problemen der Auflösung der Habsburger Monarchie auch den wichtigen, von Polonsky nicht aufgeführten Band: P l a s c h k a, Richard G. / M a c k, Karlheinz (Hrsg.): Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. München-Wien 1970. Überhaupt ist es zu bedauern, daß Polonsky, mit wenigen Ausnahmen, nur englische Literatur in seiner Bibliographie anführt und grundlegende Literatur in deutscher und auch französischer Sprache nur gelegentlich erwähnt.

^{27a} Vgl. hierzu B r a c h e r, Karl Dietrich: Die Krise Europas 1917—1975. In: Propyläen Geschichte Europas. Bd. 6. o. O. o. J. (1977), S. 11 ff.

richtungen und dem Niedergang des französischen Allianzsystems, vor allem den dreißiger Jahren, besteht. Als große Ausnahmeerscheinung hebt der Verfasser die Geschichte der Tschechoslowakei nach 1918 hervor. Als Ursache für den Zusammenbruch des politischen Systems der Tschechoslowakei macht er weniger innere Probleme verantwortlich als die durch den Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland sich für die Tschechoslowakische Politik ergebenden Spannungen. Hier macht es sich Polonsky zu leicht. Überhaupt wirkt die Darstellung der Geschichte der Tschechoslowakei sehr verkürzt und vereinfachend. Dies dürfte nicht allein an den der Tschechoslowakei gewidmeten Buchseiten liegen²⁸, sondern auch an der nicht zur Kenntnis genommenen neueren Forschungsliteratur²⁹. Trotz verschiedener interessanter Aspekte im Buch Polonskys kann die Studie, nicht nur wegen der qualitativ unterschiedlichen Kapitel zu den einzelnen Staaten³⁰, ihrem Anspruch nicht gerecht werden.

Eine neue, bisher wenig beachtete Dimension eröffnet die Studie der tschechischen, heute an der Universität von East Anglia in Norwich lehrenden Wirtschaftshistorikerin Alice Teichová, die in einer breit angelegten Arbeit die wirtschaftlichen Hintergründe des Münchener Abkommens untersucht. Sie setzt sich mit der marxistischen These auseinander, die die Auffassung vertritt, daß die allgemeine Flucht westlichen Kapitals aus der Tschechoslowakei schon vor 1938 die im September 1938 in München vollzogene politische Kapitulation der Westmächte vorbereitet habe³¹. Bislang ist die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges in erster Linie vor dem Hintergrund des politisch-diplomatischen Geschehens analysiert

²⁸ Das Kapitel „The Czechoslovak exception“ S. 107—126 enthält auf den Seiten 107—114 eine kurze Darstellung der ‚Geschichte‘ Bulgariens, Griechenlands, Albaniens, Litauens, Estlands, Lettlands und Finnlands! Die für den Teil Tschechoslowakei zitierte Literatur ist hoffnungslos veraltet und hat mit ihren Publikationsdaten 1938, 1940, 1943, 1945 bereits Quellenwert (Wisckemann, Elizabeth: *Czechs and Germans*. London 1938. — Seton-Watson, R. W.: *A History of the Czechs and Slovaks*. London 1943. — Seton-Watson, Hugh: *Independent Eastern Europe 1918—1941*. Cambridge 1945. — Graham, M. W.: *Czechoslovakia: Twenty Years of Independence*. In: Kerner, R. J. (Hrsg.): *Parties and Politics*. Los Angeles 1940. Auch die für weitere Lektüre empfohlene Literatur S. 202 f. weist bei 25 Titeln nur 7 mit einem Publikationsdatum nach 1960 auf.

²⁹ Nicht zur Kenntnis genommen wurden beispielsweise die wichtigen Beiträge zur Tschechoslowakeiforschung, die aus den Tagungen des Collegium Carolinum hervorgegangen sind und unter der Federführung von Karl Bosl herausgegeben wurden: *Versailles, St. Germain, Trianon. Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren*. München-Wien 1971. — *Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei*. Internationale, nationale und wirtschaftlich-soziale Probleme. München-Wien 1971. — *Die ‚Burg‘. Einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Beneš*. 2 Bde. München-Wien 1973/74. Gleiches gilt auch für englischsprachige Darstellungen wie Bruegel, Johann Wolfgang: *Czechoslovakia before Munich*. Cambridge 1973 und Teichová, Alice: *An economic background to Munich. International business and Czechoslovakia 1918—1938*. Cambridge 1974, um nur einige speziell die Tschechoslowakei betreffende Literatur zu nennen.

³⁰ So zeigt das Kapitel über Polen, daß Polonsky auf diesem Gebiet selbst eine größere Studie vorgelegt hat (Polonsky, Antony: *Politics in Independent Poland 1921—1939*. Oxford 1972).

³¹ Hauptvertreter Král, Václav: *Monopoly v přípravě a uskutečnění Mnichova* [Monopole bereiten München vor und verwirklichen es]. Prag 1959.

worden. Zunehmend gewinnen jedoch wirtschaftliche und innenpolitische Aspekte in der Forschung an Gewicht³². Es zeigt sich, daß das politische und wirtschaftliche System eines Staates nicht nur durch die komplexen diplomatischen und finanziellen Beziehungen beeinflusst wird. Neben ausländischen Regierungsanleihen und der Auslandsverschuldung eines Staates überhaupt spielen auch die finanziellen Transaktionen und Investitionen großer nationaler und internationaler Konzerne eine gewichtige Rolle.

Alice Teichova geht in ihrer Studie vor allem der Frage nach, wie es möglich war, daß die Wirtschaft der Tschechoslowakei, eines von seiner Gründung am 28. Oktober 1918 bis zum Münchner Abkommen vom 30. September 1938 unabhängigen Staates, der relativ hoch industrialisiert war und auch nicht unter dem direkten Einfluß der Großmächte stand, in Abhängigkeit zu ihnen und mächtigen Wirtschafts- und Finanzgruppen geriet, die in Mittel- und Südosteuropa agierten.

Zur Vorbereitung ihrer Arbeit war es der Verfasserin möglich, Zugang zu den staatlichen Archiven (u. a. Kartellregister, Statistisches Amt, internationale Kartelle, Wirtschafts- und Handelskammern) sowie zu Firmenarchiven (u. a. Skoda) zu erhalten und das dort gefundene Material auszuwerten.

In zahlreichen Statistiken, Tabellen und Diagrammen gelingt es, die Präsenz ausländischen Kapitals und seine Verflechtungen mit der Wirtschaft der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit nachzuweisen. Es zeigt sich, daß der Tschechoslowakei für die Wirtschaft des Donauraumes eine Schlüsselrolle zukam. Dies erhellt die Analyse der Kapitalverflechtungen und Kartellbeziehungen und die Rekonstruktion der sich hieraus entwickelnden Marktmechanismen. Die Einbindung der Tschechoslowakei in die westeuropäische Interessensphäre, politisch, ideologisch und militärisch, wird hier durch die wirtschaftliche Komponente ergänzt und wirft neues Licht auf die internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg und die Konflikte nach der Weltwirtschaftskrise.

Zu den Zielen der französischen Politik bei den Friedensverhandlungen gehörte es u. a., auch eine „politischen Einfluß sichernde wirtschaftliche Hegemonie“³³ Deutschlands im Nachkriegseuropa zu verhindern und unter allen Umständen zu unterbinden. Hierzu ist auch die Einsicht zu rechnen, daß die Nachfolgestaaten der Donaumonarchie, die ihre Rolle in der „Barrière de L'Est“ ausfüllen sollten, politisch nur dann stabil werden konnten, wenn man ihnen wirtschaftlich eine

³² Vgl. z. B. W e n d t, Bernd Jürgen: *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1933—1939*. Düsseldorf 1971. — C o w l i n g, Maurice: *The Impact of Hitler. British Politics and British Policy 1933—1940*. Cambridge 1975. — G r u n e r: „British Interest“. — R a u p a c h, Hans: Strukturelle und institutionelle Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Ostmitteleuropa. *VZG* 24 (1976) 40—57. — A d a m, Magda: *Les Pays danubiens et Hitler (1933—1936)*. *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* 98 (1975) 1—26. — S c h r ö d e r, Hans Jürgen: Südosteuropa als ‚Informal Empire‘ Deutschlands 1933—1939. Das Beispiel Jugoslawien. *JbGO* 23 (1975) 70—96. — D e r s.: *Deutsche Südosteuropapolitik 1929—1936*. *Geschichte und Gesellschaft* 2 (1976) 5—32.

³³ Vgl. S c h m i d t, Gustav: Wozu noch politische Geschichte? Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik am Beispiel der englischen Friedensstrategie 1918/19. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 17/75 vom 26. April (1975) 21—45.

Starthilfe gewährte³⁴. Kapitalanleihen, u. a. von seiten der britischen Regierung, und privatwirtschaftliche Investitionen sollten die notwendigen Voraussetzungen hierfür schaffen³⁵, denn es war zu erwarten, daß die Tschechoslowakei unter den Nachfolgestaaten eine besondere Rolle spielen würde. Aus diesen Überlegungen beteiligte sich die britische und französische Industrie — in der Tschechoslowakei befanden sich 53 % der gesamten Industriekapazität der alten Donaumonarchie³⁶ — an tschechoslowakischen Schlüsselindustrien. Vor allem fanden die Westmächte nach 1918 in der Tschechoslowakei ein Feld für Investitionen, das teilweise die Rolle übernehmen sollte, die vor dem Ersten Weltkrieg in der Kapitalausfuhr Rußland innegehabt hatte³⁷. Vor der Auflösung der Habsburger Monarchie hatte im Donauraum deutsches und österreichisches Kapital dominiert. Die territoriale Neuordnung nach 1918 brachte damit nicht nur eine Neuaufteilung der politischen Interessensphären, sondern auch der ökonomischen Einflußzonen der Großmächte. Zur Untermauerung der Westbindung der Staaten Zwischeneuropas traten daher langfristige Regierungsanleihen und Kapital privater Investoren aus Großbritannien, Frankreich, Belgien und den USA. Gefördert wurde diese Entwicklung vor allem durch zwei Faktoren:

1. Die exportorientierten Wirtschaftszweige der westeuropäischen Großmächte erlitten durch die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges empfindliche Einbußen. Der Erlös aus dem Kapitalexport stieg dagegen an. Daher strömte nach der Ausschaltung der Besiegten des Krieges verstärkt Kapital aus den westlichen Demokratien nach Mittel- und Südosteuropa, besonders aber in die Tschechoslowakei. Sie war aufgrund ihres hohen industriellen Entwicklungsstandes interessant als außenwirtschaftliches Anlagefeld, zumal die demokratische Staatsform innere Stabilität anzuzeigen schien und damit die Tschechoslowakei auch die erwartete dominierende Rolle für die Wirtschaft des Donauraumes einnehmen würde und dann auch einnahm.
2. Die Tschechoslowakei, vor allem Beneš, hatte noch während der Friedensverhandlungen in Paris Schritte unternommen, um die Ententemächte noch enger an den neuen Staat zu binden. Quasi als zusätzliche Absicherung sorgte vor allem Beneš dafür, daß durch einen Kapitaltransfer in die westlichen Staaten (Großbritannien, Frankreich, Benelux) die deutschen, österreichischen und ungarischen Wirtschafts- und Kapitalinteressen im Donauraum ausgeschaltet wurden.

Wie Alice Teichova in ihrer Untersuchung nachweist, vermittelte der tschechoslowakische Außenminister und spätere Präsident noch während der Pariser Frie-

³⁴ Vgl. K o s t a, Jiří: Die sozioökonomische Entwicklung der ČSR. Wirtschaftliche und soziale Probleme. In: Die demokratisch-parlamentarische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Hrsg. v. Karl B o s l. München-Wien 1975, S. 7—33, hier S. 7 f.

³⁵ Vgl. T e i c h o v á, Alice: Die deutsch-britischen Wirtschaftsinteressen in Mittelost- und Südosteuropa am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. In: Forstmeier / Volkman 275—295, bes. 275 ff.

³⁶ Teilweise werden auch höhere Anteile genannt. Vgl. G r u n e r: ‚British Interest‘ 121, sowie K o s t a 7.

³⁷ Vgl. die Statistiken bei T e i c h o v á: Economic Background 30 ff.

densverhandlungen dem französischen Rüstungskonzern Schneider-Creusot die Aktienanteile von Dr. Karel Škoda, die den französischen Konzern zum wichtigsten Einzeleigner machten³⁸.

In den Jahren nach 1920 wurden die Briten zu den wichtigsten Anlegern in der tschechoslowakischen Volkswirtschaft, gefolgt von den Franzosen und Amerikanern. Die Staaten Mittel- und Südosteuropas wurden sogar nach den südamerikanischen Republiken und dem Empire zum wichtigsten Anlagefeld für britisches Kapital überhaupt.

Die Bedeutung der Tschechoslowakei für die europäische Wirtschaft, und vor allem die Wirtschaft des Donaupraumes, läßt sich daran erkennen, daß die Tschechoslowakei nicht nur eine außerordentlich hohe aktive Handelsbilanz mit den Donaustaaten Österreich, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn hatte, sondern in den zwanziger Jahren auch mit Großbritannien³⁹. Es hatte sich bestätigt, daß die Tschechoslowakei die Position der historischen Kronländer der Donaumonarchie (Böhmen, Mähren, Schlesien) als am weitesten entwickelter Wirtschaftsraum der Nachfolgestaaten auch in der Zwischenkriegszeit halten konnte. Hierzu hat wohl beigetragen, wie Alice Teichová nicht nur in der vorliegenden Studie aufzeigt, daß die Tschechoslowakei zu einem Knotenpunkt wirtschaftlicher Transaktionen im Donaupraum wurde und damit zur Operationsbasis für internationale Kartelle in der Schwerindustrie⁴⁰, der chemischen Industrie⁴¹ und auf dem Banken- und Versicherungssektor⁴². Westeuropäische Großkonzerne, wie Unilever, Imperial Chemical Industries, Schneider-Creusot und Solvay, hatten durch die Politik der tschechoslowakischen Regierung nach 1918⁴³ deutsche Großkonzerne und deutsches Kapital verdrängt und den Markt neu aufgeteilt. Kapitalexpert fand zudem aus der Tschechoslowakei über Neugründungen ausländischer Unternehmen in den südosteuropäischen Raum statt. Prag wurde an der Stelle Wiens zum Finanzzentrum für den gesamten Donaupraum. Mit aus diesen Gründen sperrte sich wohl 1931 die Tschechoslowakei gegen den österreichisch-deutschen Zollverbund. Hinzu kam, daß die wachsende wirtschaftliche Rivalität zwischen den Westmächten und dem Deutschen Reich in Ost- und Südosteuropa bereits eingesetzt hatte und nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten seit 1934 immer schärfer wurde.

Das Deutsche Reich war als Schuldnerstaat des Weltkrieges nicht in der Lage, im ost- und südosteuropäischen Wirtschaftsraum durch Kapitalinvestitionen aktiv

³⁸ Vgl. e b e n d a 196 ff. und Diagramm S. 200 f.

³⁹ Vgl. die Aufstellung über den britisch-tschechoslowakischen Handel und den Handel der Tschechoslowakei mit dem Donaupraum PRO CAB 24/229 (C. P. 103(32)).

⁴⁰ Teichová: Economic Background 137 ff.

⁴¹ E b e n d a 312 ff.

⁴² E b e n d a 366 ff.

⁴³ E b e n d a 196 f.: „The incorporation of the largest armaments works in Central Europe into the Schneider combine corresponded with the intentions of French power politics and, at the same time, constituted a decisive step toward implementing the political conception of the most influential Czechoslovak governing circles around T. G. Masaryk and Eduard Beneš . . .“ Zur tschechischen außenpolitischen Konzeption (Rolle und Funktion der Tschechoslowakei in Mitteleuropa) vgl. u. a. Nicolson, Harald: Peacemaking. London 1944, S. 239.

zu werden. Trotzdem gelang es, durch Kartellierungsdruck auf diesem Markt nach 1933 einen Einbruch zu erzielen. So mußten beispielsweise nach 1933 bei 60 % der Chemieprodukte, die in tschechischen Firmen mit westeuropäischer Kapitalmehrheit produziert wurden, Kartellabsprachen mit deutschen Konzernen getroffen werden. Neben den zunehmenden Einfluß Deutschlands über die Kartelle trat die deutsche Handelspolitik mit den südosteuropäischen Staaten, die wirtschaftliche Abhängigkeiten schuf und geeignet war, die westliche Kapitaldominanz auszuhöheln⁴⁴. Als die Westmächte auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise nicht bereit waren, die durch die Krise besonders hart getroffenen Länder des Donauraumes finanziell und auch wirtschaftlich zu unterstützen, oder auch zu Hilfsmaßnahmen nicht in der Lage waren, konnte Deutschland in diesem Raum zunehmend aktiv werden. Der deutsche Markt wurde den Staaten Südosteuropas für ihre Agrarprodukte zugänglich gemacht. Die Kontingentierung im gegenseitigen Warenverkehr bewirkte, daß Deutschland zunehmend Einfluß auf den Außenhandel und Import dieser Länder gewann und sich in diesem Raum zunehmend auch politisches Gewicht erwarb. Südosteuropa wurde zum Feld der Wirtschafts rivalität zwischen den Westmächten und dem Dritten Reich und es blieb nicht aus, daß auch die Tschechoslowakei in ihrer Funktion als Knotenpunkt wirtschaftlicher Transaktionen im Donauraum in die politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen hineingezogen wurde. Nach dem Anschluß Österreichs im März 1938 gewann Deutschland auch auf dem Kapitalektor in diesem Raum Einfluß. Über die internationalen Kartelle war jedoch auch weiterhin für die Westmächte die Einwirkungsmöglichkeit auf die Wirtschaft in Mittel- und Südosteuropa gegeben, trotz der Stärkung der deutschen Position. Diese glaubte man bei einem wirtschaftlichen Arrangement mit Deutschland auch noch intensivieren zu können, auch nach München! Es war ja wohl kein Zufall, daß Chamberlain mit Hitler in München über die wirtschaftlichen Beziehungen zu Südosteuropa sprach und eine weitreichende wirtschaftliche Zusammenarbeit Großbritanniens und Deutschlands anstrebte.

Neben der beeindruckenden Forschungsleistung, die Teichovas Untersuchung für die Wirtschaftsgeschichtsforschung bedeutet und darüber hinaus für die wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtungen in den Staaten Ost- und Südosteuropas, ist besonders ihre überzeugende Widerlegung der marxistischen These, daß dem politischen München kein ökonomisches München vorausging, hervorzuheben.

Mit den Problemen der ökonomischen und politischen Einflußzonen, vor allem unter dem Blickwinkel der Rüstungswirtschaft, befaßt sich ein von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann herausgegebener Sammelband mit dem Thema „Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges“. Er ist aus den Referaten einer wissenschaftlichen Tagung des Militärgeschichtlichen Forschungs-

⁴⁴ Vgl. Schröder (Anm. 32), Adam (Anm. 32), Raupach (Anm. 32) sowie Teichová: Deutsch-britische Wirtschaftsinteressen (Anm. 35) und Wendt, Bernd Jürgen: England und der deutsche ‚Drang nach Südosten‘. Kapitalbeziehungen und Warenverkehr in Südosteuropa zwischen den Weltkriegen. In: Geiss, Imanuel / Wendt, Bernd Jürgen (Hrsg.): Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Düsseldorf 1973, S. 483—512.

amtes in Freiburg hervorgegangen. Intention war es, „die für militärische Konflikte relevanten politischen, gesellschaftlichen, ideologischen und nicht zuletzt rüstungsmäßig-wirtschaftlichen Voraussetzungen“ in die historische Analyse einzubeziehen, die für die Rolle des Dritten Reiches im Zweiten Weltkrieg von Bedeutung sind⁴⁵. Der Schwerpunkt der Referate liegt daher bei Problemen der deutschen Rüstungsfinanzierung (Boelcke)⁴⁶, der Strukturmerkmale der deutschen Aufrüstung vor dem Jahr 1935 (Ludwig)⁴⁷, der Rolle der Rüstungspolitik im Vierjahresplan (Petzina)⁴⁸, der Rolle der Elektrizitätswirtschaft für die Autarkiebestrebungen des nationalsozialistischen Deutschland (Wilhelm Treue)⁴⁹, den Problemen von Außenhandel und Aufrüstung (Wolfram Fischer)⁵⁰ und dem Zusammenhang von Außenhandel und Aufrüstung in Deutschland von der Machtergreifung bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939⁵¹. Dabei zeigt Volkmann überzeugend, daß ein unauflöslicher Widerspruch bestand in den Forderungen der Nationalsozialisten, den deutschen Wirtschaftsraum weitgehend unabhängig von außenwirtschaftlichen Einflüssen zu gestalten und im gleichen Moment die „rüstungsbeforderte gesteigerte Rohstoffzufuhr zu sichern“. Entscheidend waren hier folgende Faktoren:

1. Die deutschen Gold- und Devisenreserven reichten nicht aus, um die notwendigen Importe für Nahrungsmittel und Rohstoffe zu finanzieren.
2. Die Importe sollten daher durch Exporte bezahlt werden, aber
3. blieb der Export durch die Aufrüstung und den Aufbau einer Ersatzstoffindustrie weit hinter den Erwartungen zurück.
4. „Der gewählte Ausweg, das unter strategischen Gesichtspunkten auf bestimmte, zumeist Agrar- und Rohstoffländer konzentrierte Clearing- und Kompensationsgeschäft, endete mangels Aufnahmefähigkeit für deutsche Fertigwaren in einer Sackgasse⁵². Das heißt: die kriegswirtschaftlich bedingten Autarkiebestrebungen führten schon aus diesem Ungleichgewicht ‚zwangsläufig zu Großraumpolitik und Imperialismus‘⁵³.“

⁴⁵ Vgl. das Vorwort Forstmeiers in Forstmeier / Volkmann 7.

⁴⁶ Ebenda: Boelcke, Willi A.: Probleme der Finanzierung von Militärausgaben 14—38.

⁴⁷ Ebenda: Ludwig, Karl-Heinz: Strukturmerkmale nationalsozialistischer Rüstung bis 1935, S. 39—64.

⁴⁸ Ebenda: Petzina, Dietmar: Vierjahresplan und Rüstungspolitik 65—80.

⁴⁹ Ebenda: Treue, Wilhelm: Die Elektrizitätswirtschaft als Grundlage der Autarkiewirtschaft und die Sicherheit der Elektrizitätsversorgung in Westdeutschland 136—157.

⁵⁰ Ebenda: Fischer, Wolfram: Probleme von Außenhandel und Wirtschaft 132—135.

⁵¹ Ebenda: Volkmann, Hans-Erich: Außenhandel und Aufrüstung in Deutschland 1933—1939, S. 81—131.

⁵² Vgl. die Graphiken bei Volkmann (Anm. 51) 130 f.

⁵³ Ebenda 111. — Vgl. auch die Studie von Doering, Dörte: Deutsche Außenwirtschaftspolitik 1933—1935. Die Gleichschaltung der Wirtschaft in der Frühphase des nationalsozialistischen Regimes. Berlin 1969.

Die deutschen Versuche, in Südosteuropa Fuß zu fassen, stießen aber auch auf den Widerstand der Westmächte, wie Alice Teichová gezeigt hat. Sie lieferte auch zu diesem Sammelband einen Beitrag, in dem sie die zentralen Ergebnisse ihrer größeren Arbeit in gedrängter Form formulierte⁵⁴ und in den großen Gesamt-rahmen der Politik der Zwischenkriegszeit einbettete. Gerade in diesem Aufsatz werden die politisch-wirtschaftlichen Aspekte der britisch-deutschen Beziehungen vor 1939 deutlich. Chamberlain zeigte sich nach München bereit, einer Penetration des südosteuropäischen Raumes durch das Deutsche Reich politisch, ökonomisch und u. U. auch militärisch — soweit britische Mittelmeerinteressen nicht berührt wurden — zuzustimmen, war man doch am Donauraum nicht zu nachhaltig interessiert. Allerdings erwartete man von Deutschland Gegenleistungen, die sich auf die Grenzen der Interessensphären und Garantien — z. B. Zusicherung Deutschlands, bei einem militärischen Konflikt im Mittelmeer, in den Großbritannien verwickelt würde, nicht auf der Seite der Gegner zu stehen — bezogen. Über diese Frage konnte zwischen Großbritannien und Deutschland in den Monaten nach München keine Übereinkunft erzielt werden. Ohne deutsches Entgegenkommen war die britische Regierung aber nicht bereit, politische und wirtschaftliche Positionen in Mittelost- und Südosteuropas aufzugeben und sich jeden Einflusses in diesem Raume zu begeben. Als deutlich wurde, daß Deutschland nur nehmen, aber nicht geben wollte, setzte Großbritannien zur Absicherung seiner Interessen in diesem Raum ökonomische Stützungsmaßnahmen als Waffe ein⁵⁵. Man hatte jetzt erkannt, daß in „der Folge eines gründlichen Rückzuges britischer Interessen aus Südosteuropa . . . Großbritannien eine Position nach der anderen auch im Westen verloren haben (würde), und dies war auch einer der Faktoren, warum Großbritannien seine Positionen ohne Krieg nicht verteidigen konnte“⁵⁶. Für diesen Krieg aber hatten die Westmächte mit ihren Kapitalinvestitionen in diesem Raum seit dem Ersten Weltkrieg einen gewichtigen Beitrag geleistet. Denn, zu diesem Ergebnis kommt Bernd Jürgen Wendt in seinem Beitrag zu diesem Sammelband, durch die Anlage westeuropäischen Kapitals im Balkan-Donauraum wurde ein „kriegswirtschaftliches Potential mit aufgebaut, mit dessen Hilfe das Dritte Reich dann knapp fünf Jahre den Krieg durchstehen konnte“⁵⁷. Dabei konnte das Deutsche Reich

⁵⁴ Teichová: Deutsch-britische Wirtschaftsinteressen 295: „Wenn im Auge behalten wird, daß die Tschechoslowakei der Schlüssel zu Südosteuropa war, dann bedarf es keines besonderen Hinweises auf die Fragwürdigkeit der These von einem geplanten Rückzug westlichen und besonders britischen Kapitals zur Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen. Die Theorie eines ökonomischen Münchens lange vor dem politischen ist unhaltbar. Eingriffe in die Struktur der Kapitalanlagen auf dem mittelost- und südosteuropäischen Gebiet wurden erst durch die Nachwirkungen des Münchener Abkommens und während des Zweiten Weltkrieges unternommen, als das Kräfteverhältnis gewaltsam zugunsten Deutschlands geändert wurde . . .“

⁵⁵ Vgl. hierzu beispielsweise PRO CAB 23/96. PRO CAB 27/627 F.P. (36) 70 und F.P. (36) 54 British Influence. Vgl. auch Documents on British Foreign Policy III/2 Nr. 1228, S. 635—40, bes. 639 f. (South-Eastern Europe) und ebenda III/3 App. IV, S. 629—38.

⁵⁶ Teichová: Deutsch-britische Wirtschaftsinteressen 295.

⁵⁷ Wendt, Bernd Jürgen: Strukturbedingungen der britischen Südosteuropapolitik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. In: Forstmeier / Volkmann 307.

nach der Besetzung der Resttschechoslowakei auch die hochentwickelte Rüstungsindustrie dieses Landes in seine Hand bringen⁵⁸. Nicht unwichtig für das Verständnis der Rolle der Rüstungsindustrie für die Volkswirtschaft eines Landes sind die Beiträge von Norman Gibbs und R. A. C. Parker, die sich mit den Bestimmungsfaktoren für das Programm der britischen Aufrüstung vor dem Zweiten Weltkrieg beschäftigen⁵⁹. Vor allem Parker weist in seinem Beitrag darauf hin, daß die britische Aufrüstung stets vor dem Hintergrund der finanziellen Leistungsfähigkeit gesehen werden muß, aber auch von innen- und arbeitsmarktpolitischen Faktoren abhängig war. Die britische Regierung zeigte sich nicht bereit, für die Aufrüstung im Frieden Schulden aufzunehmen. Vor allem wurde argumentiert, daß Großbritannien nur dann einen langen Abnutzungskrieg durchstehen könnte⁶⁰, wenn es seine finanzielle Leistungsfähigkeit erhalten würde. Mit diesen Problemen beschäftigt sich auch die Dissertation von Reinhard Meyers über die „Britische Sicherheitspolitik 1934—1938“. Sie ist im Rahmen der neueren Appeasementforschung⁶¹ ein gewichtiger Beitrag zum nüchternen, entemotionalisierten Verständnis der britischen Politik in den Jahren des Zusammenbruches der in den Pariser Vorortverträgen geschaffenen europäischen Nachkriegsordnung und vor allem der Bestimmungselemente für die britische Politik nicht nur aus der sicherheitspolitischen Perspektive. Interessant und anregend für ähnliche Studien über die Sicherheitspolitik anderer Staaten, beispielsweise der Tschechoslowakei, oder auch Deutschlands, ist der von Meyers benutzte methodische Bezugsrahmen, den der Verfasser in seiner gesamten Untersuchung streng durchhält und dem er die Ergebnisse seiner eingehenden Quellen- und Literaturarbeit zuordnet. Aus-

⁵⁸ Der Beitrag von Hummelberger, Walter: Die Rüstungsindustrie der Tschechoslowakei 1933 bis 1939 im Sammelband S. 308—330 erfüllt leider nicht ganz die Erwartungen, die man an einen Beitrag dieser Art stellt, trotz der für die westliche Forschung schwierigen Quellenlage. H. verliert sich zu sehr im Aufreihen von Fakten und Zahlen, ohne den Gesamtzusammenhang herzustellen. Nicht uninteressant ist dagegen der Beitrag von Hauner, Milan: Die Rolle der Rüstungsindustrie in Osteuropa und die Verteidigungsanstrengungen Polens bis 1939, S. 331—363. Wenig überzeugend dagegen die von Strobel, Georg W.: Die Rolle der Rüstungsindustrie in Polen vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 364—387 vertretene Gegenposition.

⁵⁹ Gibbs, Norman H.: Das britische Aufrüstungsprogramm 1933 bis 1939 und das Ausmaß seiner Abhängigkeit von der Entwicklung in Deutschland. In: Forstmeier / Volkmann 245—263. — Parker, R. A. C.: Ökonomie, Aufrüstung und Außenpolitik Großbritanniens vor 1939, ebenda 264—274. Zur britischen Aufrüstung hat Norman Gibbs eine große Studie vorgelegt, die jetzt auch einer breiten wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnte: History of the Second World War. Grand Strategy. Bd. 1: Rearmament Policy. London 1976.

⁶⁰ Zum entgegengesetzten Konzept des Blitzkrieges vgl. die beiden Beiträge im vorliegenden Sammelband: Mason, Timothy W.: Innere Krise und Angriffskrieg 1938/39, S. 158—188. — Milward, Alan S.: Der Einfluß ökonomischer und nichtökonomischer Faktoren auf die Strategie des Blitzkrieges 189—201.

⁶¹ Vgl. hierzu Grenville, J. A. S.: Contemporary trends in the study of the British 'appeasement' policies of the 1930s. Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographie-Unterricht 17 (1976/77) 236—247 sowie Wendt, Bernd Jürgen: Aspekte der deutschen Appeasement-Forschung, ebenda 248—275 und die Diskussionsbeiträge von Klaus Hildebrand und Gustav Schmidt, ebenda 276—285.

gehend von einer Analyse des Begriffsinhaltes des Wortes „Sicherheitspolitik“ und „Nationale Sicherheit“⁶² kommt Meyers zu der Auffassung, daß sicherheitspolitisches Handeln zwei miteinander eng korrelierende Ansätze mit einschließt:

1. einen *objektiven*. Dieser bezieht sich auf die Beseitigung der materiellen Bedrohung für erworbene Werte,
2. einen *subjektiven*. Dieser richtet sich gegen die Furcht, daß die erworbenen Werte angegriffen werden könnten.

Beide Komponenten zielen auf *äußere* und *innere* Sicherheit. Der *objektiven* Komponente werden all jene Maßnahmen zugeordnet, insbesondere aus dem Bereich der Verteidigungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Befriedigung der materiellen Sicherheitsbedürfnisse einer Nation gegen die äußere und innere Bedrohung der überkommenen Grundwerte sichern und ermöglichen. Die *subjektive* Komponente von Sicherheitspolitik „zielt primär auf die Perzeption — die Perzeption der eigenen Sicherheit einer Nation wie auch deren vermeintliche oder tatsächliche Bedrohung durch Handlungen anderer Akteure des internationalen Systems oder Mitglieder des eigenen Staatsverbandes. Der subjektiven Komponente lassen sich all jene Maßnahmen politischer, insbesondere diplomatischer und psychologischer Natur zuordnen, die bezwecken, die Wahrnehmung der eigenen Sicherheit zu erhöhen“⁶³. Für sein Vorgehen stellt Meyers zwei Thesen auf:

1. „Sicherheitspolitik (kann) nur dann erfolgreich sein, ... wenn ihre objektive und subjektive Komponente zueinander in einem ausgeglichenen Verhältnis stehen, d. h. zum einen daß die objektiv verfügbaren Ressourcen und Mittel es erlauben, subjektiv als notwendig empfundene Handlungen zu vollziehen und Ziele zu verwirklichen, zum anderen daß den Anforderungen der *äußeren* und der *inneren* Sicherheit gleicherweise Genüge getan wird.“
2. Sicherheit besitzt „gleichsam einen negativen Symbolwert“. Sie läßt sich definieren „als die bloße Abwesenheit von Unsicherheit oder Bedrohung“. Die Anstrengungen zur Herstellung von innerer und äußerer Sicherheit werden als Last empfunden. „Eine derartige Einstellung mag dazu führen, daß das Ausmaß jener Anstrengungen möglichst gering angesetzt wird und gerade jene Aufwendungen abdeckt, die zur Bewahrung der Sicherheit einer Nation als unumgänglich notwendig betrachtet werden“⁶⁴.

Es gelingt Meyers, in seiner Untersuchung gut herauszuarbeiten, daß die für die politische und militärische Abwehr der *äußeren Bedrohung* notwendigen Schritte

⁶² Über den Begriffsinhalt besteht in der Politischen Wissenschaft keine einheitliche Auffassung. Vgl. Wolfers, Arnold: National Security as an Ambiguous Symbol. In: Ders.: Discord and Collaboration. Essays on International Politics. Baltimore 1971, S. 147—165. — Kernig, Claus D.: Sicherheit. Dtv-Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Carola Stern et. al. Bd. 3. München 1974, S. 729—732. — Buchan, Alastair / Mackintosh, Malcolm: Sicherheit. In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Bd. 5. Hrsg. von Claus C. Kernig et. al. Freiburg 1972, Sp. 862—877.

⁶³ Meyers: Sicherheitspolitik 41.

⁶⁴ E b e n d a 42.

und Maßnahmen in enger Interdependenz zu Faktoren der *inneren Sicherheit* gesehen werden müssen. Eine Analyse der Interdependenz von innerer und äußerer Sicherheit macht deutlich, daß die Verteidigungs- und Rüstungspolitik Großbritanniens, „als Hauptkomponente einer nach außen gerichteten Sicherheitspolitik“, in hohem Maße „innen-, wirtschafts- und sozialpolitisch motivierten Beschränkungen“ unterlag⁶⁵.

Das Ergebnis der Untersuchung Meyers, nämlich „daß die britische Sicherheitspolitik in den dreißiger Jahren an zwei Ungleichgewichtigkeiten scheiterte — einmal dem unausgewogenen Verhältnis zwischen innerer und äußerer Sicherheit, zum anderen dem unausgewogenen Verhältnis zwischen den subjektiv als notwendig empfundenen außen- und sicherheitspolitischen Zielen und den objektiv zu ihrer Verwirklichung zur Verfügung stehenden Mitteln“⁶⁶ —, trägt nicht nur zum besseren Verständnis der britischen Politik vor dem Zweiten Weltkrieg bei, sondern macht auch deutlich, daß man das Verhältnis der überforderten Weltmacht im Niedergang mit weltweiten Verpflichtungen zu den Staaten Ost-, Mittelost- und Südosteuropas vor diesem Hintergrund sehen muß. Vor dem Hintergrund der für den sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß wichtigen Bestimmungselemente, vor allem innenpolitischer und wirtschaftlicher Natur (Wirtschaftsdepression, wirtschaftliche Strukturkrisen, Massenarbeitslosigkeit, Zahlungsbilanzdefizite, Deflationspolitik etc.), erscheint die britische Politik 1938/39 als konsequent.

An der Arbeit Meyers wird künftighin niemand vorbeigehen können, der sich mit Fragen der Geschichte der Zwischenkriegszeit befaßt, zumal sie als Modell für weitere Arbeiten, beispielsweise über die Sicherheitspolitik der osteuropäischen Staaten, gelten kann.

Begrüßenswert ist ein Sammelband, den Erhard Forndran, Frank Golczewski

⁶⁵ Zentral in diesem Zusammenhang vor allem das Kapital „Industrie, Handel und Finanz als ‚Vierte Waffengattung‘: Die wirtschaftlichen Grenzen militärischer Sicherheit“ 333—424. Interessant für das Denken der britischen Entscheidungsträger in diesem Zusammenhang eine Äußerung des Ministers für die Koordination der Verteidigung Sir Thomas Inskip in der Kabinettsitzung vom 22. Dezember 1937 (PRO CAB 23/90): „... for success we must contemplate a long war, in the course of which we should have to mobilise all our resources and those of the Dominions and other countries overseas...“ Ziel britischer Politik müsse es daher sein, den potentiellen Gegnern die Risiken eines langen Abnutzungskrieges vor Augen zu führen, den diese nicht wagen könnten und dürften. „If we are to emerge victoriously from such a war (i. e. a long war not a war by a sudden knock-out blow), it is essential that we should enter it with sufficient economic strength to enable us to make the fullest uses of resources overseas, and to withstand the strain... Seen in its true perspective, the maintenance of our economic stability would more accurately be described as an essential element in our defensive strength: one which can properly be regarded as a fourth arm in defence... without which purely military effort would be of no avail.“ Ähnliche Äußerungen finden sich immer wieder in den Kabinettsprotokollen der Jahre 1937/39 und in Memoranden. Der Interpretation, die Meyers dieser Äußerung Inskips gibt, daß sich hinter diesen Sätzen „der Kern jener wirtschafts- und finanzpolitischen Erwägungen (verbirgt), die nicht nur das Rüstungsprogramm, sondern die gesamte Sicherheitspolitik Großbritanniens in den Dreißiger Jahren entscheidend strukturierten“ (S. 418), ist voll zuzustimmen.

⁶⁶ Meyers: Sicherheitspolitik 500, wie überhaupt die Zusammenfassung 500 ff.

und Dieter Riesenberger zum Thema „Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung“ herausgegeben haben. Intention des Bandes ist es, „die Interdependenz von politischen Konstellationen und Prozessen in staatlichen Einheiten und den auf diese Systeme von außen wirkenden Bedingungen als Grundlage innen- wie außenpolitischer Entscheidungen und Verhaltensmuster am Beispiel der internationalen Beziehungen der dreißiger Jahre darzustellen“. Im Mittelpunkt steht dabei vor allem die Frage, wie sie bereits im Titel angedeutet wird, wie die Entwicklung der, nach verschiedenen Gesichtspunkten in einen Zusammenhang zum nationalsozialistischen Deutschland gebrachten, Staaten unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Herausforderung vor sich ging und welche Rückwirkungen diese Politik auf die nationalsozialistische Politik hatte. Dabei bemühen sich die Autoren des Bandes, bei ihren Überlegungen weder für die Interaktionen von Außen- und Innenpolitik, noch für bi- und multilaterale Beziehungen von einem „Aktions-Reaktions-Schema“ auszugehen. Die Beiträge haben vielmehr die „Mehrdimensionalität in den komplexen Beziehungen zwischen Innen-, Außen- und internationaler Politik“⁶⁷ im Blick. Aufgeteilt wird der Band nach den Themenkomplexen: Die Hauptgegner der nationalsozialistischen Außenpolitik⁶⁸, die Verbündeten nationalsozialistischer Außenpolitik⁶⁹, die mit Deutschland sympathisierenden kleineren Staaten⁷⁰, die um Neutralität bemühten kleineren Staaten⁷¹ und die bedrohten kleineren Staaten⁷². Ein Beitrag, vorgelegt vom Frankfurter Historiker Klaus Schwabe, betrachtet die Politik der USA unter dem Blickwinkel „Weltpolitische Verantwortung gegen nationale Isolation“⁷³. Der

⁶⁷ Forndran et. al. 7.

⁶⁸ Wendt, Bernd Jürgen: Großbritannien — Demokratie auf dem Prüfstand: Appeasement als Strategie des Status Quo 11—31. — Kiersch, Gerhard / Höhne, Roland A.: Frankreich — Innerer und äußerer Machtverfall einer bürgerlichen Demokratie 32—57. — Hecker, Hans: Sowjetunion — Stalins innenpolitische Konzeption und die außenpolitischen Gegebenheiten als Basis der sowjetischen Reaktion auf die nationalsozialistische Außenpolitik 58—76.

⁶⁹ Funke, Manfred: Italien — Zur Großmachtspolitik eines deutschen Juniorpartners 77—86. — Martin, Bernd: Japan — Zur Rezeption und wechselseitigen Beeinflussung von Herrschaftspraktiken und Weltmachtbestrebungen 87—109.

⁷⁰ Abendroth, Hans-Henning: Spanien — Das Ringen um die Gestaltung des Franco-Staates 110—129. — Golczewski, Frank: Polen — Fehleinschätzung machtpolitischer Intentionen infolge ideologischer Annäherung 130—146. — Toth, Adalbert: Ungarn — Revision im Bündnis mit Deutschland 147—160. — Hoppe, Hans Joachim: Die Balkanstaaten Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien — Nationale Gegensätze und NS-Großraumpolitik 161—175.

⁷¹ Bracher, Ulrich: Die nordischen Staaten Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen — Sicherheitspolitik angesichts des Nationalsozialismus 176—191. — Lademacher, Horst: Niederlande — Zwischen wirtschaftlichem Zwang und politischer Entscheidungsfreiheit 192—215; Belgien — Die Freiheit, den Partner zu wählen 216—238.

⁷² Riesenberger, Dieter: Österreich — Von der innenpolitischen Deformation zur außenpolitischen Handlungsunfähigkeit 239—256. — Dolezel, Stephan: Tschechoslowakei — Nationalitätenprobleme im Kraftfeld der NS-Expansionspolitik 257—276.

⁷³ Schwabe, Klaus: Die entfernteren Staaten am Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika — Weltpolitische Verantwortung gegen nationale Isolation 277—294.

Kölner Historiker Jost Dülffer erörtert in einem gediegenen und schlüssigen Beitrag den Einfluß des Auslandes auf die NS-Politik⁷⁴, während Erhard Forndran abschließend den Versuch unternimmt, die Theorie der internationalen Beziehungen am historischen Beispiel der dreißiger Jahre zu untersuchen⁷⁵.

Insgesamt gesehen sind die Beiträge von höchst unterschiedlicher Qualität und werden vielfach dem eingangs aufgestellten Anspruch nicht gerecht, was vielleicht am zur Verfügung gestellten Druckraum gelegen haben mag. Trotzdem ist der Band, vor allem für den Universitätsbetrieb als Reader, recht gut geeignet, und es verdienen, neben den bereits erwähnten Beiträgen, vor allem die Aufsätze von Bernd Jürgen Wendt, Manfred Funke, Bernd Martin, Hans Henning Abendroth, Horst Lademacher, Dieter Riesenberger und Stephan Dolezel Beachtung.

Im Vergleich mit dem vorliegenden Sammelband dürfte jedoch dem von Manfred Funke herausgegebenen Reader zum Thema „Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches“ der Vorzug zu geben sein, nicht nur weil dieser Band jetzt als Taschenbuch vorliegt. Zwar wird die Interaktion von Innen- und Außenpolitik, sieht man einmal von den Beiträgen zum nationalsozialistischen Deutschland ab, etwas vernachlässigt und das Bild der anderen Staaten zu sehr unter dem Blickwinkel Deutschland gesehen, doch kommt der Sammelband den Bedürfnissen der Lehre im umfassenden Sinne mehr entgegen, obwohl man für verschiedene Aspekte, beispielsweise zum Bereich Osteuropa und Großbritannien, immer wieder zu „Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung“ greifen wird.

Der Sammelband von Funke beschäftigt sich in einem ersten, grundlegenden Teil unter dem Thema „Herrschaftssystem und außenpolitische Konzeptionen“ mit Kontroversen und Positionen der Forschung⁷⁶. Der zweite Teil vereinigt Beiträge zum Bereich „Organisationen, Instrumentarium und independente Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik“⁷⁷, während sich der dritte und bei weitem umfangreichste Teil mit dem Thema „Deutschland im Mächtesystem — Zur Formation der internationalen Beziehungen des Dritten Reiches“⁷⁸ befaßt.

⁷⁴ Dülffer, Jost: Der Einfluß des Auslandes auf die nationalsozialistische Politik 295—314.

⁷⁵ Forndran, Erhard: Zur Theorie der internationalen Beziehungen — Das Verhältnis von Innen-, Außen- und internationaler Politik und die historischen Beispiele der 30er Jahre 315—361.

⁷⁶ Vereinigt werden hier Beiträge von Karl Dietrich Bracher (Tradition und Revolution im Nationalsozialismus 17—29), Hans Mommsen (Ausnahmestand als Herrschaftstechnik des NS-Regimes 30—45), Wolfgang Michalka (Die nationalsozialistische Außenpolitik im Zeichen eines ‚Konzeptionen-Pluralismus‘ 46—62), Andreas Hillgruber (Die ‚Endlösung‘ und das deutsche Ostimperium als Kernstück eines rassen-ideologischen Programms des Nationalsozialismus 94—114), Klaus Hildebrand (Hitlers ‚Programm‘ und seine Realisierung 1939—1942, S. 63—93) und Reimer Hansen (Außenpolitik im Zusammenbruch des Dritten Reiches 115—134).

⁷⁷ Es finden sich hier Aufsätze von Hans Adolf Jacobsen, Jost Dülffer, Charles Bloch, Klaus Hildebrand, Michael Geyer, Hans Erich Volkmann, Willi A. Boelcke und Lutz Graf Schwerin von Krosigk.

⁷⁸ Beiträge von Fritz Genzel (Kanada), Hans Jürgen Schröder (USA, Lateinamerika), Josef Schröder (Arabische Welt), Klaus Hildebrand (Deutsch-Mittelafrika), Hartmut

Der Gang durch die neuere Forschungsliteratur zur Geschichte Europas, und vor allem der Staaten Zwischeneuropas, zeigt, daß bei der Analyse der Rolle Osteuropas im Europasystem der Pariser Vororteverträge in höherem Maße als bisher Faktoren der internationalen Beziehungen berücksichtigt werden müssen und daß die Einbeziehung von ökonomischen, gesellschaftlichen und innenpolitischen Bestimmungselementen in die historische Analyse, in größerem Umfang als bisher, bei Forschungen aus diesem Bereich zu fruchtbaren Ergebnissen führen würde.

München

Wolf D. Gruner